

---

## **7. Sitzung Lösungsfindungsgruppe** **Beschlossenes Protokoll**

Datum: 05. Juli 2010  
Uhrzeit: 15.15 – 16.15 Uhr  
Ort: WSA Berlin  
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen  
Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Dr. Ernst, Frau Bodenmeier  
WSD Ost: Herr Hädicke  
BI/Verein „Bäume am Landwehrkanal“ bzw. Anwohnerinnen: Herr Appel, Frau Dorbert, Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Herr Dohna  
Denkmalschutz: Herr Lingenauber  
Bezirk Treptow-Köpenick: Frau Roterberg-Alemu  
Schifffahrt: Herr Grondke

### **Begrüßung**

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 7. Sitzung der Lösungsfindungsgruppe. Frau Voskamp erläuterte, dass in der 6. Sitzung der Lösungsfindungsgruppe gemeinsam an den nächsten Schritten zur Sanierung des Landwehrkanals gearbeitet worden sei. Für die heutige Sitzung sei vorgesehen, Inhalte und Ziele des für diese nächsten Schritte anstehenden Ingenieurauftrages zu besprechen. Außerdem hatte Frau Dr. Ernst in dieser 6. Sitzung angekündigt, dass am 29. und 30. Juni 2010 zur Vorbereitung der Konzeption einer Haushaltsunterlage für die Sanierung des Landwehrkanals Gespräche des WSA Berlin mit dem BMVBS in Bonn stattfinden würden. Dies habe zwischenzeitlich stattgefunden. Folge der Gespräche in Bonn sei, dass in der heutigen Sitzung noch nicht wie angedacht ein Ingenieur- Vertrag / Auftrag vorbereitet werden könne. Ziel dieser 7. Sitzung der Lösungsfindungsgruppe sei es daher nun, einerseits Transparenz herzustellen über die Erkenntnisse des Termins in Bonn und andererseits Möglichkeiten des weiteren Fortgangs auszuloten.

### **Tagesordnung**

Die ursprünglich vorgesehene Tagesordnung wurde durch den Bericht des WSA über die Gespräche mit dem BMVBS in Bonn und die daran anschließende Diskussion über die Erkenntnisse ersetzt.

### **Bericht über den Termin am 29./30. Juni 2010 im BMVBS in Bonn**

Frau Dr. Ernst berichtete, dass die Gespräche im BMVBS mit dem Gebietsreferat und dem Haushaltsreferat geführt worden seien. Sie habe die Referatsvertreter/innen über den Stand des Mediationsverfahrens informiert. Da die Erstellung einer Konzeption zur Haushaltsunterlage (HU) als Instrument einer frühzeitigen Abstimmung und als ein erster Schritt vor der Erstellung der eigentlichen Haushaltsunterlage für das WSA Berlin neu sei, seien alle Beteiligten sehr gespannt gewesen auf die Inhalte des Gesprächs. Besondere Anforderungen an die Form der Konzeption gebe es nicht. Allerdings sei in den Gesprächen deutlich geworden, dass – entgegen den bisherigen Annahmen des WSA – der Kanal als Ganzes betrachtet werden müsse, und nicht - wie bisher - nur die Abschnitte in Regelbauweise. Diese Anforderung sei für das WSA neu und bedeute, dass sämtliche baulichen Anlagen, d.h. die Brücken, Schleusen und Wehre, die vom WSA verwaltet werden, betrachtet werden müssen. Das sei insbesondere bei der Erstellung der Konzeption von Bedeutung. In der an die Konzeption anschließenden Haushaltsunterlage (HU) würden dann nur noch diejenigen Abschnitte aufgenommen werden, die von der

1 von 5

Sanierung betroffen wären. Bonn wolle mit dieser Anforderung die Transparenz darüber sicherstellen, was über die Sanierung der Regelbauweise möglicherweise in den dann folgenden Jahren noch an Sanierungsaufgaben und damit verbundenen finanziellen Belastungen kommen könnte. Der Fortschritt in der Mediation sei nun in Einklang zu bringen mit den notwendigen Verwaltungsabläufen im BMVBS. Zunächst gelte es nun, die vom BMVBS angeforderten Unterlagen zu erstellen, bzw. zusammenzustellen und dem BMVBS bereit zu stellen. Es seien dies im Einzelnen:

1. Beschreibung des Ist-Zustands des Landwehrkanals
2. Beschreibung der Sanierungsziele und des Soll-Zustands
3. Beschreibung der Randbedingungen und Parameter, die den Sanierungsweg bestimmen.

Erst anschließend sei es möglich, Lösungen zu entwickeln und einen breiten Fächer an Lösungsmöglichkeiten aufzumachen. Zur Verdeutlichung des vom BMVBS beschriebenen Vorgehens und der seitens des WSA zu liefernden Unterlagen verteilte das WSA ein Handout, das auch als Folie in der am selben Tag stattfindenden 23. Forumssitzung gezeigt wurde: „Konzeption Landwehrkanal 1 + 2“. Hierin sind auch die Schritte zur Klärung der Randbedingungen aufgeführt:

- Ermitteln der Restnutzungsdauer des Landwehrkanals
- Definition der künftigen Flotte – Ableitung des nautisch erforderlichen Mindestquerprofils
- Ermitteln der wasserwirtschaftlichen Belange (Berücksichtigung der Zeitpläne der BWB)
- Ermitteln der denkmalpflegerischen Belange
- Ermitteln ökologischer Potenziale
- Ermitteln des bestmöglich zu schützenden Baumbestandes.

Die benötigten Informationen würden vom WSA zusammengestellt und dem BMVBS übermittelt. Damit für das BMVBS Planungssicherheit bestehe, sei eine enge Abstimmung zwischen WSA und BMVBS vorgesehen, erklärte Frau Dr. Ernst. Das genaue Vorgehen und die Zeitplanung für Zusammenstellung und ggf. Erstellung notwendiger Unterlagen werde sie am 9. Juli 2010 mit der Lenkungsgruppe besprechen.

Die dargestellten Neuigkeiten seien zu frisch, um heute schon eine Zeitplanung für die nächsten Schritte der Erstellung der Konzeption HU anbieten zu können. Dies kann erst nach der besagten Lenkungsgruppensitzung erfolgen.

Die Forderungen des BMVBS seien vom WSA durchaus nachvollziehbar. Dies bedeute, dass die Mediation an einem Punkt sei, wo sie einen Moment innehalten müsse um zu ermöglichen, die nächsten Schritte gleichzeitig mit dem BMVBS gehen zu können - und nicht vorauszuheilen.

### **Diskussion über neue Informationen und Erkenntnisse**

Frau Fortwengel zweifelte an dem Verständnis der zuständigen Mitarbeiter/innen im BMVBS hinsichtlich der Dringlichkeit der Sanierung des Kanals. Sie schlug vor, als Forum mit den zuständigen Personen des BMVBS in direkte Kommunikation zu treten, sie ins Forum einzuladen und für die Besonderheiten des Landwehrkanals zu sensibilisieren. Frau Dr. Ernst berichtete, dass die Dringlichkeit durchaus gesehen werde. Allerdings seien auch die notwendigen Sofortsicherungsmaßnahmen erfolgt, so dass nun die dargestellte Vorgehensweise einzuschlagen sei.

Herr Appel äußerte sein Erstaunen über die Diskrepanz zwischen den Aussagen des Gesprächs zwischen Mediatoren und BMVBS am 19.5.2010 und den Gesprächen zwischen WSA und BMVBS am 29./30.6.2010. Zudem fehle ihm das Verständnis für die Neuartigkeit der vom BMVBS eingeforderten Vorgehensweise beim WSA. Er empfinde das Vorgehen der WSA als sehr schleppend und befürchte eine Aushebelung der in der Mediation getroffenen Vereinbarungen: Eine Zweigleisigkeit sei verabredet gewesen. Kurzfristig notwendige und langfristig sorgfältig zu planende Maßnahmen haben gleichermaßen verfolgt und stattfinden sollen. Aus seiner Sicht stünde es um beide Gleise nicht gut.

---

Frau Dr. Ernst erklärte den unterschiedlichen Fokus der beiden Gespräche mit dem BMVBS: das Gespräch am 19. Mai 2010 mit Herrn Klingen habe nur zwei Stunden gedauert, während die Gespräche am 29./30. Juni 2010 jeweils ganztägig angesetzt waren und die Themen sehr viel detaillierter und intensiver besprochen worden seien. Zudem sei der Teilnehmerkreis unterschiedlich gewesen.

Frau Voskamp wies darauf hin, dass viele Teilnehmer/innen der Mediation sich auf die in der Mediation angekündigten nächsten Schritte, z.B. die Vorbereitung eines Ingenieurvertrags, gründlich vorbereitet hätten in der Annahme, auf die gemeinsam gedachte Vorgehensweise vertrauen zu können. Daher sei nun eine große Enttäuschung spürbar.

Frau Fortwengel erkundigte sich danach, wer genau aus dem BMVBS an dem Gespräch mit dem WSA teilgenommen habe. Herr Dohna verwies auf seine früheren Mahnungen, dass Politiker mit an den Mediationstisch hätten geholt werden müssen. Einige Teilnehmer/innen äußerten, sich ohnmächtig zu fühlen angesichts dieser Ministeriumsgewalt, die ihre Macht aus der Ferne ausübe. Nach nunmehr 3 Jahren gemeinsamer Arbeit hätten sie das Gefühl, erneut von vorne anfangen zu müssen.

Frau Kleimeier gab ihrer Fassungslosigkeit darüber Ausdruck, dass sich nun genau das ergeben habe, was sie schon immer angemahnt habe, nämlich dass für die Planung der Sanierung der gesamte Bestand erfasst werden müsse und dass man sich klar machen müsse, was man wolle. Jetzt stelle sich in aller Deutlichkeit heraus, dass man diesbezüglich die ganze Zeit aneinander vorbei geredet habe und dass diese Bestandserfassungen seitens des WSA gar nicht erfolgt seien. Sie sei selbstverständlich davon ausgegangen, dass diese Bestandsunterlagen vorhanden oder zwischenzeitlich längst erstellt worden seien und sei in höchstem Maße enttäuscht. Die vorgesehene gutachterliche Beauftragung zur Untersuchung der Variantenfamilie sei ihrer Meinung nach auch ein Teil der Bestandserfassung und sollte daher trotz alledem beauftragt werden. Für sie seien die Ergebnisse der Gespräche mit dem BMVBS in Bonn nicht nachvollziehbar.

Frau Bodenmeier erläuterte, dass viele Dinge gleichzeitig in der WSV liefen und sich dies möglicherweise erschwerend auswirke. So befände sich die WSV in einem laufenden Veränderungsprozess, in dem unterschiedliche Reformen aufgelegt würden, die nach und nach erst greifen könnten. Auch Ressourcen, d.h. finanzielles Budget, Personal, Zeit, spielten eine Rolle in den Gesprächen mit dem BMVBS. Neben ökologischen Belangen sei es insbesondere auch um wasserwirtschaftliche Belange gegangen. Da sich abzeichne, dass finanzielle Mittel im dreistelligen Millionenbereich zur Sanierung des Landwehrkanals benötigt würden und es sich damit um ein Großbauprojekt mitten in Berlin handele, sei eine Gesamtbetrachtung über die Regelbauweise hinaus unerlässlich. Insbesondere mit SenStadt und Denkmalamt sei ein Einvernehmen herzustellen. Die vorhandene Datenlage sei suboptimal. Für die Beschreibung von Soll- und Ist-Zustand benötige das WSA Zeit. Bisher sei nur betrachtet worden, was marode sei - dies sei aber nur ein Teilaspekt wie sich jetzt herausgestellt habe.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Hädicke die Grundsätze der Erstellung der Konzeption zum Entwurf-HU: diese Art von Konzeption, wie sie jetzt erforderlich sei, sei im April 2008 erstmalig bekannt geworden. Bisher seien für Investitionsmaßnahmen ab einer definierten Größenordnung Haushaltsunterlagen erstellt worden. Diese seien vom Ministerium geprüft und anschließend genehmigt oder abgelehnt worden. Die Konzeption im Allgemeinen diene nun dazu, bereits im Vorfeld, d.h. zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt, den Untersuchungsumfang, die notwendigen Grundlagen und Randbedingungen abzustimmen, um den finanziellen Rahmen für Investitionsmaßnahmen abschätzen und priorisieren zu können. Aufgrund der voraussichtlichen Länge der Sanierungsdauer des Landwehrkanals über mehrere Jahre halte das BMVBS es für sinnvoll zu untersuchen, in welchem Zustand die Schleusen und sonstigen Bauwerken seien um einschätzen zu können, ob dort weitere Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen in der Zukunft anstünden. Angesichts der zu erwartenden hohen Investitionen sei eine Erweiterung des Betrachtungsumfangs vonnöten. Herr Hädicke verwies darauf, dass Unterlagen zum Ist-Zustand teilweise vorhanden seien und das WSA durchaus nicht bei Null beginnen würde. Auch Unterlagen über frühere Ufer-Instandsetzungen gebe es bereits. Die bisherige Betrachtungsweise sei bisher vorrangig auf die Instandsetzung von Schäden bezogen gewesen. Jetzt betrachte man das Ganze, damit nicht später

---

Weiteres dazu komme. Das Ziel aller beteiligter und betroffener Institutionen und Initiativen sei es, den Kanal zu sanieren.

Herr Kessen fasst zusammen, dass die Anforderung der Betrachtung des gesamten Kanals wohl für alle nachvollziehbar sei, überraschend sei vielmehr der Zeitpunkt des Hinweises. Möglicherweise habe das Ministerium sich jetzt eingeklinkt, da es nun betroffen sei – zu einem früheren Zeitpunkt sei dies ggf. nicht möglich gewesen.

Herr Grondke äußerte seine Vermutung, dass das Ministerium erst jetzt den Umfang der Maßnahme wahrgenommen haben könnte.

Herr Lingenauber erläuterte zu wissen, dass aufgrund der prekären finanziellen Situation des Bundeshaushalts nun bundesweit verschiedenste Projekte auf dem Prüfstand stünden und offenbar erneut Kosten- Nutzenanalysen erstellt würden. Er äußerte die Vermutung, dass der Ausgang hierbei offen sei. Aus Denkmalschutzsicht allerdings sei der Eigentümer zum Erhalt des Denkmals verpflichtet. Der Bund habe sich bisher bei zahlreichen Bauprojekten seiner Zuständigkeit sehr vorbildlich verhalten. Aus seiner Sicht wäre es fatal, wenn er dies an dieser Stelle am Berliner Landwehrkanal nicht tun würde. Er sei sich nicht sicher, ob in der Unterhaltung derzeit überhaupt noch etwas passiere. Er äußerte seine Befürchtung, dass das Projekt in den Berechnungen jetzt so teuer gemacht werden könnte, dass es politisch nicht mehr realisierbar sei.

Die Teilnehmer/innen erkundigten sich nochmals danach, ob das WSA in den Gesprächen hinreichend deutlich die Dringlichkeit der Sanierung signalisiert habe und wie die Reaktion darauf gewesen sei.

Frau Dr. Ernst erklärte, das alles sei im Prozess und im Fluss – alles, was dem WSA vorliege, ginge direkt nach Bonn. Dass sie noch keine Aussagen über die Zeitschiene machen könne, liege daran, dass seit dem BMVBS-Termin erst drei Tage vergangen seien und sie einfach noch nicht dazu gekommen sei. Außerdem müsse sie auch – wie ausgeführt - Rücksprache mit dem Lenkungsausschuss halten. Ein weiteres Handicap sei, dass ihr in der Arbeitsgruppe Landwehrkanal Leute fehlen würden, die Gruppe sei vom Arbeitsvolumen her an ihrer Belastungsgrenze.

Herr Kessen fasste das Gehörte dahingehend zusammen, dass Frau Dr. Ernst sich diesen Termin heute nicht ausgesucht habe - lieber hätte sie zuvor eine Möglichkeit gehabt, die Dinge zu sortieren. Intern in WSA und WSV sei zudem noch nicht hinreichend klar, wie man mit den neuen Themen umgehen wolle.

Frau Fortwengel erneuerte ihren Vorschlag der direkten Kommunikation mit dem BMVBS. Sie würde es z.B. für hilfreich halten, wenn es aus dem Forum eine Kontaktperson zum Ministerium gäbe. Herr Appel ergänzte, dass es schön sei, aber nicht ausreiche, wenn Vertreter/innen der WSD im Forum seien, vielmehr müssten auch die höheren Ebenen ausreichend vertreten sein. Herr Lingenauber bat Frau Dr. Ernst, den rechtlichen Aspekt der Sanierungsnotwendigkeit unbedingt in den Lenkungsausschuss einzubringen.

Die Mediatoren äußerten ihr Bedauern, dass beim Ministerium offensichtlich nicht klar sei, was alles an Unterlagen schon vorhanden und an Informationen erarbeitet worden sei. Auf der Homepage des Mediationsverfahrens sei alles bestens dokumentiert und einsehbar. Ihr Eindruck sei, dass den Vertretern des BMVBS in Bonn nicht bewusst sei, wie die Ergebnisse des Termins am 29./30. Juni 2010 in der Mediation ankommen würden. Auch in dieser Hinsicht – so hätten sie die Teilnehmer/innen der heutigen Sitzung verstanden – gelte es, für eine entsprechende Transparenz zu sorgen.

Frau Kleimeier wiederholte ihr Unverständnis dafür, dass eine Gutachter-/Planerbeauftragung bzgl. der Variantenfamilie jetzt nicht ausgelöst werden könne.

Aus Sicht der Mediatoren kristallisierten sich zwei zusätzliche wichtige Punkte heraus:

- Was bedeuten diese neuen Anforderungen seitens des BMVBS für Mediation und die Sanierung?
- Die Notwendigkeit einer Kontaktaufnahme mit dem BMVBS in Bonn zur Darstellung dessen, was in der Mediation passiert.

Die Mediatoren erklärten, dass sie die Idee der Kontaktaufnahme zum Ministerium als ihre Aufgabe ansähen und sagten zu, dies zu tun.

Aufgrund der auf 16.30 Uhr im Anschluss terminierten 23. Forumssitzung wurde die Diskussion hier um 16.15 Uhr beendet, um den Teilnehmer/innen noch eine kurze Pause bis zur Forumssitzung zu ermöglichen.

Eine weiterführende Diskussion über die Konzeption zur HU fand in der anschließenden 23. Forumssitzung in der großen Runde aller Teilnehmer/innen statt (siehe Protokoll).